

Resolution zur Flüchtlingspolitik: Flüchtlingsschutz in die Mitte der Gesellschaft tragen

Weltweit sind mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und Hunger. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges gab es nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) nicht mehr so viele Flüchtlinge wie in diesen Tagen. Viele von ihnen werden in ihren Herkunftsländern wegen ihrer Abstammung, ihrer Nationalität, ihrer Religion oder Weltanschauung verfolgt und misshandelt, ihre Angehörigen getötet. Für eine sichere, eine bessere Zukunft, nehmen viele Flüchtlinge extreme Risiken auf sich. Viele Flüchtende bezahlen dieses Wagnis mit ihrem Leben.

Auf dem Mittelmeer, besonders vor Italien, spielen sich beinahe täglich Dramen ab. Unvergessen ist die Schiffskatastrophe vor der italienischen Insel Lampedusa am 3. Oktober 2013, bei der ein mit 500 Menschen völlig überfülltes Boot kurz vor Erreichen des sicheren Hafens sank. 155 Menschen wurden gerettet, 368 Flüchtlinge starben. Dieses Unglück hat große öffentliche Aufmerksamkeit ausgelöst, große Anteilnahme auch hier in Niedersachsen. Es fand in Küstennähe statt, und war damit sichtbar. Was jedoch täglich auf den Meeren und an sämtlichen Außengrenzen der Europäischen Union passiert, entzieht sich meist unseren Blicken, unserer Kenntnis.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien, im Irak, im Südsudan, in der Zentralafrikanischen Republik und anderen Teilen der Welt, werden die Zahl der Flüchtenden weiter ansteigen lassen. Bis Ende dieses Jahres werden nach einer Schätzung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge etwa 200 000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland stellen. Niedersachsen rechnet mit etwa 20 000 Asylanträgen. Der Zuzug dieser verfolgten und bedürftigen Menschen ist für das Land eine Herausforderung.

Allerdings treffen die Flüchtlinge von heute gerade in Niedersachsen auf zahlreiche Menschen, die in ihrem Leben selbst Erfahrungen von Flucht und Vertreibung gemacht haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Millionen von Menschen auf der Flucht oder wurden vertrieben. Städte und Dörfer auch in Niedersachsen lagen in Trümmern. Allerorten fehlten Nahrung, Kleidung und Wohnraum für die Flüchtlinge, Kriegsheimkehrer und Evakuierten. Viele Familien nahmen Flüchtlinge in ihren Häusern auf, Wohnraum wurde geteilt, jede noch so kleine Kammer als Bleibe genutzt. Manche Orte wuchsen quasi über Nacht um 30 Prozent.

Trotz der gesellschaftlich und wirtschaftlich schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit ist in Niedersachsen die große Herausforderung der Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen damals gut gelungen. Diese Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen, ihre Beiträge zum Wiederaufbau Niedersachsens, ihr Wille zur Versöhnung und ihre Beiträge zur Verständigungspolitik haben unser Land bereichert und unseren Blick für das Unrecht von Vertreibungen geschärft. Seit 1950 wurden hunderttausende Aussiedler und Spätaussiedler aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa erfolgreich in Niedersachsen aufgenommen und auch mit viel Eigeninitiative eingegliedert.

Aus dieser Erfahrung heraus sehen wir unsere Gesellschaft deshalb in einer besonderen Verantwortung, den Menschen zu helfen, die heute Schutz und Zuflucht in Niedersachsen suchen.

Als einzelnes Bundesland kann Niedersachsen zwar kaum dazu beitragen, Fluchtursachen zu bekämpfen. Es kann aber im Länderverbund die Bundesregierung ermuntern und unterstützen, diese Zielsetzung sowohl auf nationaler Ebene als auch in den EU-Gremien stärker zu verfolgen. Außerdem kann Niedersachsen mit seinen Bürgerinnen und Bürgern alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Situation von Flüchtlingen und den Umgang mit ihnen zu verbessern.

Die Landespolitik hat bereits wichtige Reformen auf den Weg gebracht, von Wegweiserkursen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes über eine verbesserte personelle Ausstattung der Einrichtungen, der Förderung der psychosozialen und medizinischen Beratung bis hin zur Reform der Härtefallkommission, in der schwierige Einzelfälle eine umsichtige Bewertung erfahren.

Land und Kommunen arbeiten zusammen bei der Unterbringung der Flüchtlinge und Asylsuchenden. Zur besseren Vernetzung vor Ort sollen auch die Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt beitragen, die das Land jährlich mit einem Millionenbetrag unterstützt.

Die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge, der Vertriebenen, der Schutzsuchenden ist uns ein gemeinsames Anliegen. Die freundliche und offene Aufnahme der Menschen, das Verständnis für sie und ihre leidvolle Situation, wollen wir mit all den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten unterstützen und fördern.

Hannover, 14. Oktober 2014

Doris Schröder-Köpf, MdL
Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe

Oliver Dix
Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen